

Prof. Dr. Dr. h.c. Mathias Rohe, M.A.,
Richter am OLG a.D.,
Direktor des FAU EZIRE
Direktor der Forschungsstelle Religiöse Vielfalt

**Antimuslimischer Rassismus von rechts und links. Und aus der Mitte
Vortrag bei der Tagung der Ipb nrw zum Thema „Islam von Islamismus
unterscheiden – Antimuslimischem Rassismus entgegenwirken!“**

am 14. November in Wesel

I. Einführung: Rahmenbedingungen des säkularen Rechtsstaats

- Religionsfreiheit als Grund- und Menschenrecht; „religionsoffene Säkularität“ in Deutschland (Rechtsstaatlichkeit schränkt demokratische Mehrheiten ein)
- Staatliche Neutralität
- Gleichbehandlung

II. Die Wahrnehmung des Islam und von Musliminnen/Muslimen: Daten und Fakten

1. Worüber reden wir bei „Muslimfeindlichkeit“

Muslimfeindlichkeit (auch: Antimuslimischer Rassismus) bezeichnet im Gegensatz zu faktenorientierten Feststellungen und entsprechenden kritischen Bewertungen von Einzelphänomenen die Zuschreibung pauschaler, weitestgehend unveränderbarer, rückständiger und bedrohlicher Eigenschaften gegenüber Muslim*innen und als muslimisch wahrgenommener Menschen. Dadurch wird bewusst oder unbewusst eine ‚Fremdheit‘ oder sogar Feindlichkeit konstruiert, mit vielschichtigen gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozessen, die individuell, im Diskurs oder strukturell verlaufen und bis hin zu Gewaltanwendung reichen können.

- Sozialpsychologische Aspekte (Ressentiments und unbewusste Vorurteile)
- Strukturelle Aspekte (Ausschlussmechanismen, Rassismus)
- Aggressive Religionskritik

2. Verursachung oder „Rechtfertigung“ wegen islamisch begründeten Extremismus‘?

- eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsstaatlich problematischen islamischen Theologien und Ideologien ist erforderlich, innermuslimisch und gesamtgesellschaftlich (kein Ignorieren/Verschweigen existierender Probleme, aber auch kein Sensationalismus mit „Tabubrecher-Rhetorik“)
- Muslimfeindlichkeit kann in Wechselwirkung zu Islamismus gedeihen; beidem ist entgegenzutreten, das eine rechtfertigt nicht das andere

3. Daten und Fakten

MF ist eine **Alltagserfahrung** für viele Muslim*innen und von Menschen, die als solche wahrgenommen werden (v.a. *Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Bildungsbereich, öffentlicher Raum, Medien*). Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt erfordern den Einsatz der Gesamtgesellschaft.

III. Problembereiche

1. *Ausschließende Dominanzdebatten* und –institutionen (Agendasetting; eingeschränkte Expertise bei Lebenswelten; Repräsentationsasymmetrien; zB Medien, Politik, Staatliche Institutionen; **Othering/Selbstüberhöhung**)
2. *Pauschalisierungen/Essentialisierung/Stereotypisierung* (Medien einschließlich Schulbücher; (Unterhaltungs-)Film; social media; Institutionen wie Polizei)

3. *Informationsmangel* (wenig Information über Diversität; Mangel an Rechtsstaatsbildung) und *Fehlinformationen/Fehldeutungen* (z.B. Bedeutung Kopftuch); unseriöse Wissenschaft
4. *Fehlzuschreibungen* (Muslimisierung von Problemen/Menschen), zB „kleine Paschas“; „Clankriminalität“; auch Muslimisierung zB in Kunst/Museen)
5. *Fehlgewichtungen* (extreme Problemorientierung/Negativthematisierung in Fernsehen und Film, auch Printmedien); ungleiche Thematisierung (Parallelgesellschaften – Gentrifizierung/gated communities)
6. *Mediale Verstärkungen* von Vorurteilen und struktureller Ausgrenzung (Sorge vor „Volkes Stimme“; kommerzielle Interessen; mangelnde Diversity)
7. *Unconscious biases* (verbunden mit 1.), besonders problematisch in Gatekeeping-Positionen wie Justiz und Verwaltung
8. *Rechtswidrige Einschränkungen/aggressiver Laizismus* mit Islam als Projektionsfläche (Berliner NeutralitätsG; Moschee-/Gebetsrufdebatte)
9. *Empathiegap*

Aber: Es gibt auch viele Beispiele für „good practice“ („Brandmauer“ in Politik und Kultur; Registrierung islamfeindlicher Straftaten/Verfassungsschutz; steigendes Bewusstsein, Fortbildungen. Dabei ist noch **viel zu tun**:

1. *Diversitätsförderung* auf allen denkbaren Ebenen (Organisationen, auch Sozialbereich, Bildung/Fortbildung in allen Stufen etc.) und *Empowerment*
2. *Rassismuskritische Sensibilisierung* für Pauschalisierungen/Stereotypisierungen in allen Bereichen (z.B. Schulbücher, Medien; auch rassistisches „Erfahrungswissen“ in Polizei etc.), *Politische Bildung und Medienschulung* (auch Mehrheitsgesellschaft!); Entwicklung von *Strategien*

3. Klare *Handlungsanweisung* in Behörden
4. *Monitoring*; Beauftragte/Sachverständige, Beratungsstellen, effiziente Zugänge (UN!); Verfassungsschutz (verfassungsschutzrelevante Muslimfeindlichkeit als eigene Kategorie); effiziente Bekämpfung von Hatespeech etc in social media
5. Weitere *Forschung* (z.B. Wechselwirkungen; Dunkelfeldforschung MF)
6. **Gemeinsam für gesellschaftlichen Zusammenhalt:** Politische Solidarität; Alltagssolidarität (auch Schutz engagierter Mandatsträgerinnen und -träger)

Publikationen:

Unabhängiger Expertenkreis Muslimfeindlichkeit/Bundesministerium des Innern und für Heimat: Muslimfeindlichkeit (Hrsg.) – Eine deutsche Bilanz, Berlin Juni 2023, abrufbar unter <https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/uem-abschlussbericht.html?nn=1530318>

CLAIM, Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus (Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2023), Ausgabe 2024, abrufbar unter <https://www.claim-allianz.de/aktuelles/news/pressemitteilung-antimuslimische-uebergreifende-und-diskriminierung-in-deutschland-2023-mehr-als-fuenf-antimuslimische-vorfaelle-pro-tag/>

Weiterführend: Rohe, Islam in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme, 2. Aufl. München 2018

Muslimfeindlichkeit ist eine Alltagserfahrung für viele Muslim*innen in Deutschland. Sie gefährdet auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist schon deshalb ein Problem für die Gesamtgesellschaft (Querschnittsmaterie).

Muslimfeindlichkeit findet sich nach einer Fülle repräsentativer Untersuchungen in großen Teilen der Bevölkerung. Unbewusste Vorverständnisse, Fehlinformationen und pauschale Zuschreibungen, aber auch strukturelle Benachteiligungen wirken stigmatisierend und stellen eine Gefahr für das Zusammenleben in Pluralität dar. Es hat sich ein primär negatives Bild über Muslim*innen verbreitet, sodass noch immer die Assoziationen mit Gewalt und Terror dominieren. Die Zugehörigkeit zur Gesellschaft, zu einem gemeinsamen „Wir“ wird Muslim*innen abgesprochen: sie gelten als „die Anderen“, denen (vermeintlich) unveränderbare negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Dies trifft neben Muslim*innen auch andere marginalisierte Gruppen – wie nicht zuletzt die Berichte zu Antisemitismus (BMI 2017), Antiziganismus (BMI 2021) und Rassismus (Bundesregierung Januar 2023) deutlich aufzeigen.

Es ist entscheidend wichtig, dass gerade auch die diejenigen, gegen die sich Diskriminierung nicht unmittelbar richtet, sich solidarisch verhalten. Die Essenz des Rechtsstaats liegt im Schutz von Minderheitsrechten, bisweilen auch gegen Mehrheitsmeinungen wie etwa bei der nicht zulässigen Einschränkung religiöser Rechte für Minderheiten. Deshalb richtet sich der vorgelegte Bericht an alle Menschen und Organisationen im Land, etwa im Sinne erforderlicher politischer Bildung und Selbstreflexion auf allen Ebenen.

Zu den Handlungsempfehlungen des UEM zählt die Einrichtung eines breit aufgestellten Sachverständigenrates sowie die Ernennung einer*eines Bundesbeauftragten, um den Schutz von Muslim*innen vor Diskriminierung als staatliche Aufgabe hervorzuheben.

Neben der Förderung von gleichberechtigter Teilhabe und Repräsentation von Muslim*innen und muslimischen Organisationen in diversen Bereichen – sei es in staatlichen Einrichtungen, Medieninstitutionen sowie im kulturellen und sozialen Bereich – empfiehlt der UEM rassismuskritische, diversitäts- und religionssensible Fort- und Weiterbildungen für verschiedene Berufsgruppen und in allen staatlichen Einrichtungen (z.B. Schulen, Kitas, Sicherheitsbehörden, kommunalen Verwaltungen, Medienhäusern, Kultureinrichtungen, im Justiz(-vollzug) und im Gesundheitssystem), um für Muslimfeindlichkeit und institutionelle Formen von Rassismus zu sensibilisieren. Dafür sieht der UEM die Diversifizierung der in vielen Medien noch immer einseitig konfliktorientierten Berichterstattung über den Islam und Muslim*innen als essenziell an.